

Berliner Tageblatt

Nr. 604

Chef-Redakteur Leopold Hoff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 20. Dezember 1924

Druck und Verlag von Rudolf Woff in Berlin.

Um die Räumung Kölns.

Die tendenziösen Alarmnachrichten.

England für ein „gefestigtes und formelles Vorgehen“ (Telegramme unserer Korrespondenten)

London, 20. Dezember.

Zu der Frage der Räumung Kölns bemerkt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß das einzige Problem jetzt darin besteht, ob die Verteidigung der Räumung mit einer Verschärfung der deutschen Regierung gegen die Klauseln des Friedensvertrages begründet werden könne oder ob in einem Sonderprotokoll außerhalb des Vertrages Deutschland freiwillig eine Zustimmung gebe, eine Verlängerung der Besetzung Kölns von ein paar Monaten gegen eine frühere Räumung des Ruhrgebietes anzunehmen.

Die britische Regierung habe sich für ein „sehr gefestigtes und formelles Vorgehen“ entschieden, das es leicht möglich sei, daß bei den Verhandlungen sowohl Paris wie Berlin gewisse Schwierigkeiten machen könnten. Es sei allerdings möglich, daß die deutsche Regierung sich darüber lassen werde, daß eine Entscheidung der Alliierten, ohne daß Deutschland die Entscheidung der englischen Bericht der Kontrollkommission genehmigt habe, juristisch nicht einwandfrei und haltbar sei.

Demgegenüber könne man Deutschland darauf hinweisen, daß es „der sein Recht“ habe, sich zu betragen, da die hundertjährige Besetzung, die es der Kontrollkommission in den Weg gelegt hätte, die Regierung daran gehindert hätten, ihren Bericht rechtzeitig fertigzustellen.“ Der Korrespondent sagt ferner, daß die britische Regierung zwar entschlossen ist, Köln zu räumen, die Alliierten gegen die Entlassung des Ruhrgebietes an allen Punkten zu verhindern, andererseits aber beabsichtigt, sobald der volle Bericht der Kontrollkommission vorliegt, zu den nächsten Durchsicht weithinige Stellung zu beziehen. Wenn man jetzt sei, würden sich allerdings noch bestimmte juristische Fragen ergeben. Die Verlängerung der Besetzung auf Grund eines Vertrages ohne die Entlassung Deutschlands sei angehend, ein „Sanktion“. Damit würde sich wieder die alte Frage ergeben, ob Sanktionen einmütig oder unabhängig von einzelnen Alliierten angeordnet werden könnten. Der betreffende § 18 „Reparationsanhang 2“ sei für diese Frage nicht zulässig, weil er sich nur auf Reparationsangelegenheiten bezieht. Die Frage sei jetzt jedenfalls die, ob die alliierte Einkommenskommission für eine Zurückziehung oder eine Verlängerung der Besetzung Kölns eingehend werden müsse oder ob nur die gegenwärtige Besetzung in der Räumung Kölns zusammengefaßt werden könne. Frankreich und Belgien, aber auch Italien und Japan betragt werden würden. Eine zweite Frage sei, falls sich England für die Räumung Kölns entscheidet, ob seine Alliierten es befehlen könnten, da nach dem Friedensvertrag die alliierten Streitkräfte innerhalb der britischen Zone (Köln) alle das gleiche Recht hätten. Artikel 430 des Versailler Vertrages erlaube aber deutlich, daß eine Wiederbesetzung des gesamten Gebietes die Anündigung eines

solchen Vorgehens bei der Reparationskommission nötig mache.

Paris, 20. Dezember.

Die nationalistische Zeitung „Leclair“ hat, wie die „Daily Mail“ und einige andere Zeitungen, ihre Angriffe über die deutschen Räumungen gebrocht. Der Artikel von Antonin, seine feiner Angaben war begründet, aber sein offizielles Element, wie die Behauptungen des unbekannten Verfassers juristisch, weil diese auf eine Artzoge erklärt wurde. Die Widerlegung nicht die „Nöte“ sondern „Geste“ wendet sich die letztere „Des Nouvelles“ als einziges Blatt gegen den nationalistischen Gegner der Regierung verteidigt, und um eine Partei zu erzeugen. Die Behauptungen des „Leclair“ werden als lächerlich bezeichnet. Nach Untersuchung an informierter Stelle der französischen Pressekommission glaubt der Verfasser, „ohne ein Element zu fügen“, verfahren zu dürfen, daß erstens das deutsche Defensivmando vielleicht von ähnlichen Beschlüssen im Jahr 1914 nicht sein mag, daß es aber nicht auf dem gleichen Grundlage aufgebaut sei; zweitens das Defensivmando der sogenannten „Schweizerkommission“ nicht mehr als eine halbe Million Soldaten aufbringen; drittens verläge diese Armee aber kein irgendwelche Brauchbares Kriegsmaterial. Es würde mindestens eine Zeit von zehn Monaten dazu gehören, dies Kriegsmaterial in unangeforderter möglichst zu verbrennen Arbeit herzustellen; viertens würden Mobilmacht und Gruppierung einer Angriffsarmee und unter den jetzigen Verhältnissen sei eine solche Mobilisierung praktisch nicht durchführbar; fünftens: selbst, wenn die Kontrollkommission während der Vorbereitung Deutschlands für einen Krieg zu verhandeln, sei es in jedem Falle dazu imstande, jede Umorganisation oder Veränderung in der deutschen Armee zu signalisieren; und auf diese Weise zu warnen.

Der Verfasser schließt: „Wir brauchen also von Deutschland nur zu verlangen, daß es die im Vertrag festgesetzten Bedingungen erfüllt, und können dann ruhig schlafen. Die Leute, die uns politischen Gauden und eine Part verdrängen wollen, müssen nicht, was sie tun. Wenn die Stimmung in Frankreich nervös wird, dann macht Paris, die es jetzt schon zu beabsichtigen ist, die Revolüt auf dem Defensivstand.“ Auch in dem Leitartikel der „Des Nouvelles“ wird in anderem Zusammenhang gegen die „Kolportage der Angst“ protestiert. An der Stelle werden Gerüchte über drohende kommunistische Aufstände verbreitet, und die Regierung hat die Polizei angewiesen, rüchrichtig gegen alle ausländischen Agenten vorzugehen, die das Publikum beunruhigen. Die „Des Nouvelles“ fragt mit Recht: „Warum nur gegen die Ausländer? Die Menschen, die auf diese Weise gegen Frankreich arbeiten, sind hauptsächlich Franzosen.“

Ein auf angeblichen Berliner Informationen beruhende Meldung des Berliner „Journal“, daß Deutschland die Verlagerung der Räumung Kölns mit wirtschaftlichen Reperessalien gegen Frankreich beabsichtigt, entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage.

Amerika und Japan.

Erklärungen des Staatssekretärs Hughes. — „Kein Anlaß zu gegenseitigen Misstrauen.“

(Funktelegramm unseres Korrespondenten)

Washington, 20. Dezember.

Die von militärischen Kreisen und besonders auch von der Presse mit großer Heftigkeit betriebene Agitation zu Gunsten vermehrter Rüstungen vor der Zeit hat nach der scharfen Ablehnung durch den Präsidenten heute auch durch den Staatssekretär Hughes eine entschiedene Zurückweisung erfahren. Der Staatssekretär benutzte die Gelegenheit der Erwennung des neuen japanischen Botschafters in Washington, Mikadaira, um in einer öffentlichen Erklärung die sehr lebhaften Verteidigung über die Entsendung dieses hervorragenden japanischen Diplomaten Ausdruck zu verleihen. Er sei überzeugt, daß die Beziehungen Amerikas zu Japan sich in den nächsten Jahren herrlicher gestalten würden. Ergänzt wurde vom Staatsdepartement erklärt, die nationalpolitischen Zurechtweisungen in Amerika und Japan seien aus scharfer zu gewiss. Zu gegenseitigem Misstrauen bestehe nicht der geringste Anlaß, welche würde die amerikanische Regierung als Antwort erwidern auf die Beschäftigung eines aufrichtig freundschaftlichen Verhältnisses mit Tokio.

Die entscheidende Stellungnahme der Regierung gegen die antijapanische Propaganda der Rüstung in der gesamten Presse mit lebhafter Zustimmung auszusprechen, nur die Staatsblätter verhalten sich kühl und vermeiden einseitige Kommentare. Offenbar sind Goodhops und Hughes' Erklärungen, die gleichzeitig mit der nicht minder freundschaftlichen Kundgebung des neuernannten japanischen Botschafters erfolgten, auf direktem Einverständnis der beiden Regierungen zurückzuführen. Das Bestehen in Washington und Tokio ist ebenfalls, als Mittel aufzubieten, und die Jingo's wieder darüber ungeschädlich zu machen. Der erste Bericht der Regierungen war auf der ganzen Linie von Erfolg begleitet.

Im weißen Hause wurde heute erneut mit aller Entschiedenheit betont, Präsident Goodhops würde die Herstellung aufrichtig freundschaftlicher Beziehungen mit Japan. Er würde sich auf die heftigste Propaganda gewisser freizeitlebiger Elemente, von der Ankunft des neuen japanischen Botschafters in Washington

erhoffe er, daß alle Bestimmungen befestigt werden könnten. Dazu müßten aber alle an verantwortlicher Stelle stehenden beitragen, besonders die Militärs, die nicht der Jingo-Presse der jeder Gelegenheit die neue Rüstungen für den Zweck der Jingo-Presse zu benutzen. Der Staatssekretär Hughes erklärte, daß die Jingo-Presse die Jingo-Presse der Jingo-Presse zu benutzen. Der Staatssekretär Hughes erklärte, daß die Jingo-Presse die Jingo-Presse zu benutzen.

Kraffins Stellung in Paris.

Französische Proteste gegen kommunistische Propaganda.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 20. Dezember.

Der Vizepräsident der Sowjetrepublik Kraffin löst heute furchtbar, daß alle Angaben über seine Abreise auf unbestimmte Zeit umsoh seien. Er werde im Januar eine kurze Reise nach Moskau machen, um seiner Regierung Bericht zu erstatten, aber bald wieder zurück sein. Dieses Element ist nicht ganz so kategorisch wie die Antwort, die gestern dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ auf telephonische Anfrage gegeben wurde. Der „Matin“, der sich bei der „Studienkommission für die Verbindung mit Ausland“ informiert hat, teilte mit, daß allerdings die Nachricht über eine Abreise auf unbestimmte Zeit nicht richtig ist, sagt aber hinzu, daß die ersten Unterhaltungen Kraffins mit dem Vorsitzenden der Studienkommission Genonov haben. Man habe daran gedacht, ein großes Konventum in Frankreich sich interessieren lassen. Die Franzosen sind interessiert verlangen aber zunächst Garantien. Der über die kommunistische Propaganda in Frankreich und in den Kolonien Vorstellungen gemacht habe. Das Personal der Sowjetbotschaft nehme zum größten Teil aus aktiven Propagandisten und nicht aus Diplomaten. Kraffin selbst sei in Moskau nicht populär, weil die Umstände, die Trotski betroffen hat, auch auf ihn einen Eindruck. Deshalb würden noch Wochen vergehen, ehe von einer aussichtsreichen militärischen Verhandlung gesprochen werden könnte.

Die japanische Militärreform.

Von unserem Korrespondenten
Universitätsprofessor Dr. Theodor Sternberg.

Tokio, 19. November.

Das neue Kabinettsrat hat sich unter anderem auch mit einer Abrüstungsvorlage beschäftigt, um möglichst in der vorliegenden Angelegenheit, ummöglichstigen Stabilisierung der Finanzen. Bisherige Ansicht war, daß die Erhöhung der 5 bis 7 Divisionen begleitet sein würde von Qualitätsverbesserungen der Ausbildung, so lang es doch, besonders neben die erfolgte Verminderung des russischen Heeres und die Einstellung der Besatzungen Eingepaßes gehalten, wie eine gute Friedenspolitik. Es soll damit nicht gesagt sein, daß Japan eine Diktatur auf diese Handlungen schuldete, obgleich es sehr schön gewesen wäre, wenn man eine solche hätte geben können, und obgleich auch die japanische politisch denkenden Kreise dieser Meinung geistig haben. Inzwischen war allbekannt, daß die Besatzung der japanischen Armee noch mehr als die der englischen hinter den Anforderungen des Tages zurückgeblieben war, und daß es eine überaus feineswegs nur militärische Notwendigkeit für Japan ist, speziell sein Flugwesen energisch zu verbessern. Zu bemerken ist, daß weder Ausland, noch die Verengung von dieser Qualitätsverbesserung etwas zu bezogen haben und daß sie auch Amerika gegenüber irgendeine unmittelbare aggressive Wirkung nicht zu erwarten ist, zumal nachdem die letzten Jahre die Waffen- und damit die Kriegstechnik revolutioniert haben, namentlich die Schwerkartillerie empfindlich, die Feldartillerie zur Infanteriewaffe gemacht und den im Weltkrieg nicht unentworfeligen Gasstumpf ausgebildet haben, will sich Japan diese neue Richtung immer auch nach Bewahrung annehmen, und das Problem der anderen überläßt, was es auch im Hinblick auf die militärischen Aufgaben, die der Krieg auf dem weiten Ostland, wie ein anderer Landkrieg bisher für Japan nicht in Betracht der Kriegführung stellt, somit tun konnte. Nur Kriegsgeheimern dieser Ausdehnung behält aber auch die alte Armee auf dem weiten Ostland, und das Problem der neuen Welt. Niemand kann Japan nachsehen, daß es die Ächtung der Welt über sich nicht zu verweigern, sondern dem alten Jingo (Wachsam Paris, vorgerichtet, freundschaftlichen Beziehungen über zu langsame 5 Divisionen oder 4 Divisionen sollen aufgeführt werden. Dieser Plan ist entschieden sehr populär, aber weil man weiß, daß die Umstellung von Quantität in Qualität die Wehrkraft des Landes nicht in sich selbst erhöhen werden können. Selbst in der Kaiserzeit ist man ihn keineswegs gram. Angesichts der hohen Ehrenentlohnungen, die nach vorbildlicher japanischer Sitte — auch des Zivildienstes, auch der Privatstellungsberechtigungen, daß bei den Einschränkungen des Heeres und der Marine die Heeres in den letzten Jahren fortgesetzt erfolgt hat, nicht mit Überwindung und Niederlagenzeit der vom blauen Brief Betroffenen zu überfallen war, sondern Bewegungen einleiten, die den Bedarf an Ersatzkräften weit überschreiten. Das war nun allerdings ein gewisses und auch recht peinlich, aber man ging ganzlich fehl, wollte man darin ein Symptom eines moralischen Niederganges der Armees sehen. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich nicht für sämtliche Admittale angehalten habe, die gerade sie traf ich nach den ersten Entlassungsmaßnahmen in Zivil — und feldvergnügt, wie Rada-Anda und Hoffers nicht wie dieser ins Vorwärtsgang, sondern in die Rüstungsindustrie. Auch da bleiben sie eigentlich im militärischen Beruf. Und da die Vaterlandsverteidigung immer mehr von Trübsal in die Gefahr übergeht, werden viele solche Offiziere in Zivil gebraucht, auch solche jüngeren Alters.

Die jungen Amräter des militärischen Berufs allein, die Offiziersaspiranten, bildeten die infolge dessen einflussreiche Schicht der Militärvergüteten. Niemand wird so leicht wieder erklären, aber mit Soldat und Schauldiener ist es nun einmal etwas anderes. Die Marinekadetten leisteten sich eine Eingabe an ihren Chef, folgend, daß man ihnen nicht das Wortrecht nehmen könne, für den Kaiser sterben zu dürfen. Die Krone, die damit antwortete, war, genau selbst das Wort zu Antwort. Diese Antwort der Krone ist natürlich die Antwort der Genro und der höchsten Spitzen des Offizierskorps, im Gegensatz zu den Kreisen der unteren Offiziere, weshalb ist sie von Wichtigkeit. Die Antwort lautete: die Offiziere der Marine, daß der Offiziersstand ein Vorrecht, dem Kaiser zu dienen, bestehe, sei ein großer Jertum. Alle freien Intendanten, die waren sehr weit gewesen, wenn das von entsprechender Stelle wäre! Wie hatten, dem Kaiser dann doch wieder etwas anders gedankten. Der Vorfall zeigt, wie sehr die Stellen, die den Kern des japanischen Militärs bilden, Wert darauf legen, daß das Offizierskorps sich nichts als etwas Besonderes dünkt. Das haben sie nicht von etwas entnommen. Wie waren nicht zu lang!

Die gegenwärtige Armereform hat übrigens zu einer Art Berührungskonflikt geführt. Das Parlament be-